

# Alevitische Gemeinde will Marienschule nutzen

CDU warnt vor „Verkauf unter Wert“ und fordert öffentliche Aussprachen, auch über Pläne der Moscheen

VON HEINZ-PETER MOHR

**TEINERKREUZ.** Die alevitischen Familien aus Marl möchten das Gebäude der leerstehenden Marienschule in Steinernkreuz kaufen und als Kulturzentrum nutzen. Mit Bürgermeister Werner Arndt, der Stadtverwaltung und der CDU-Fraktion haben sie darüber erste Gespräche geführt. Die CDU unterstützt ihren Wunsch, eine Immobilie zu erwerben, lehnt aber den Standort Marienschule ab.

Die türkischstämmigen Aleviten sehen die Wurzeln ihres

Glaubens im Islam, haben aber Elemente anderer Religionen aufgenommen. Viele haben die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, sprechen akzentfrei Deutsch, sind für Integration, Offenheit und Toleranz. Nicht die Scharia ist für sie maßgeblich, sondern das deutsche Grundgesetz. Von fanatischen Muslimen wurden die Aleviten über Jahrhunderte verfolgt.

Lange lebten rund 100 alevitische Familien aus Marl ihren Glauben im Stillen. Nun wollen sich vor allem die Jüngeren nicht mehr verstecken. Die Aleviten haben einen Ver-

ein gegründet und suchen ein Gebäude, das sie als Kulturzentrum und Versammlungshaus nutzen können.

Dort soll auch Raum für Hausaufgabenhilfe, Musik- und Sportgruppen sowie für Konferenzen, Kurse und Seminare sein. Auch Familien aus Recklinghausen, Herten und Dorsten sollen das Zentrum nutzen können.

Aus Sicht der CDU reicht die jetzige Zufahrt zur Marienschule, die den Charakter einer Hofeinfahrt habe, für ein Zentrum mit regionaler Bedeutung bei weitem nicht aus. Das Gebäude müsse angemess-

sen erschlossen und neu an die Recklinghäuser Straße angebunden werden.

In der Bilanz der Stadt sei das Grundstück mit mehr als 300 000 Euro angedeutet. Die Stadt dürfe ihre Immobilie nicht unter Wert verkaufen, warnt der stell-



vertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Andreas Kolk. Zudem müssten Nachbarn mit Lärm rechnen.

Da die Yunus-Emre-Moschee einen Bauplatz für einen Moschee-Neubau sucht

und nach Angaben der CDU ebenso die Kuba-Moschee, müsse die Verwaltung die Wünsche aller Religionsgemeinschaften öffentlich vorstellen und die Bürger mitnehmen, fordern Kolk und der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Dargel. Bürgermeister Werner Arndt habe in den Ausschüssen und im Rat bisher keine Angaben zu Gesprächen mit den Aleviten gemacht.

Aynur Özcan von der alevitischen Gemeinde versteht die Reaktion der CDU nicht. Das Gebäude der Marienschule sei im jetzigen Zustand

nicht bewohnbar. Die Aleviten seien bereit, Geld in das Gebäude zu investieren. Es sei aber immer noch nicht zum Verkauf ausgeschrieben: „Deshalb konnten wir noch kein Gebot abgeben.“ Die Marienschule liege ruhig und abgelegen. „Da würden wir niemanden stören“, betont Frau Özcan.

Außerdem hinke der Vergleich mit dem Moschee-Neubau, denn die Aleviten wollten ein Kulturzentrum, kein Gebetshaus. Nur drei- bis viermal im Jahr treffen sich alevitische Familien zum Gemeinschaftsgebet.